

Sicherheitspolitik in der Krisenzeit: Fünf Überlegungen, die helfen können

Selten waren Deutschland und Europa gleichzeitig mit so vielen und sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsproblemen konfrontiert wie derzeit: Russlands Aggressionskurs gegenüber seinen Nachbarn, der Zerfall des Nahen und Mittleren Ostens, islamistische Gewalt und Terrorismus, drohende Konflikte im asiatisch-pazifischen Raum, die Krise der EU und der Niedergang der USA als westliche Führungsmacht.

Viele Gefahren – und genauso viele naive Forderungen

Man kann streiten, welche der Gefahren die dringlichste ist – die Rangfolge wird vom jeweilig betroffenen Land abhängen. Vermutlich hat die Selbstdegradierung der USA durch einen Präsidenten, der durch Inkompetenz, durch die Kultivierung der Lüge und durch Unlust am ernsthaften politischen Handeln auffällt, die weitreichendsten Folgen. Die Rolle der USA als globale Ordnungsmacht sowie als Garant einer westlich-liberalen internationalen Ordnung steht insgesamt in Frage.

Die Rezepte zur Kur der Probleme, die in der Öffentlichkeit gehandelt werden, könnten unterschiedlicher kaum sein. Die reichlich naive Forderung, man müsse im Nahen Osten endlich die Konfliktursachen bekämpfen, findet sich ebenso, wie der Hinweis, dass Europa seine Rolle als vermeintliche Supermacht einnehmen solle. Die NATO müsse gegenüber Moskau wechselweise konzilianter oder entschlossener sein – dann klappt es auch wieder mit Russland. Deutschland solle sich entweder aus internationalen Händeln wie in Afghanistan heraushalten oder sich noch mehr engagieren – als Friedensmacht selbstverständlich, was immer das heißen mag.

Fünf Grundüberlegungen könnten helfen, Probleme sachlich anzugehen

Leider funktionieren solche Patentvorschläge nur in Talkshows; in den Niederungen der Politik sind die einfachen Lösungen eher rar. Fünf Grundüberlegungen können aber helfen, bestehende Probleme sachlich anzugehen, wobei der Erfolg nie garantiert sein kann, auch wenn Populisten dies oft vorgaukeln.

1. Deutschlands muss über Europa hinausblicken

Erstens ist das internationale Engagement Deutschlands für die eigene Sicherheit unverzichtbar. Das war der Grundgedanke des damaligen Bundespräsidenten Gauck, als er 2014 eine größere außenpolitische Verantwortung versprach – eine Zusage, die in den folgenden Jahren eingelöst wurde. Zu glauben, Rückzug ins Schneckenhaus brächte mehr Schutz etwa vor Terroranschlägen, ist pure Illusion. Vielmehr muss der Blick weit über die Ränder Europas hinausgehen. Denn ein gewaltsamer Konflikt etwa um Nordkorea oder um Inseln im Südchinesischen Meer kann auch dramatische Folgen für Deutschland haben.

2. Sicherheitspolitik muss erklärt werden

Zweitens muss Sicherheitspolitik immer wieder erklärt und argumentativ vertreten werden. Das ist mühsam in Zeiten der „Fake News“, bleibt aber das einzige Rezept gegen die Vereinfacher, die eigene Unwissenheit als Volksnähe verkaufen. Dies gilt auch gegenüber den aggressiven Tönen aus dem Weißen Haus zu Nato und EU. Die amerikanische Präsenz im Rahmen der Nato ist kein Akt des Großmutes, sondern sichert den Einfluss der USA in Europa. Politischer Einfluss ist aber für den Weltmachtstatus eines Landes wichtiger als die Zahl der Atomraketen. Will man Amerika wieder „groß“ machen, geht das nur mit Verbündeten und nicht gegen sie.

3. Diskussion ohne Ideologie

Drittens müssen rechtliche und politische Streitfragen sachlich und ohne Ideologie angegangen werden. Über die Notwendigkeit eines Einsatzes von Streitkräften im Inneren oder das Volumen von Rüstungsexporten kann man unterschiedlicher Meinung sein. Die Bundeswehr im Inneren jedoch pauschal als Gefahr für die Demokratie darzustellen ist genauso unsinnig, wie Rüstungsexporte als „Geschäft mit dem Tod“ zu brandmarken.

4. Mehr Geld für Sicherheit

Viertens führt kein Weg daran vorbei, dass Sicherheit Geld kostet und zwar deutlich mehr, als bisher dafür ausgegeben wurde. Der Wettbewerb der vergangenen Jahrzehnte um die weitesten Kürzungen im Verteidigungshaushalt hat dazu geführt, dass die Bundeswehr von Beständen der Vergangenheit lebt. Alle Schlagzeilen von flugunfähigen Hubschraubern und reparaturbedürftigen Boxer-Panzern haben ihre Ursache in der Unterfinanzierung. Darum gehört das Thema auch nicht in den Wahlkampf. Wer von Aufrüstungsspiralen spricht, verschweigt, dass steigende Verteidigungsausgaben vor allem den Substanzverlust bei den Streitkräften auffangen sollen. Es geht um die Ausrüstung von Soldaten, die in immer vielfältigere Einsätzen geschickt werden und nicht um ein vermeintliches zwei-Prozent-Diktat aus Washington.

5. Aktiv für Bestand des liberalen Westens eintreten

Fünftens, schließlich, geht es nicht ohne ein Eintreten für die Ordnung, in der man leben will. Dies kann aus deutscher und europäischer Sicht nur eine westlich-liberale sein, ganz gleich welche vermeintlichen Erfolge Autokraten scheinbar einfahren. Allerdings umfasst dieser politische Westen mehr als die Demokratien in Europa und Nordamerika. Zu ihm gehören Japan und Südkorea ebenso wie Australien oder Israel. Russland und China sind nicht Teil dieses Westens. Das spricht nicht gegen gute Beziehungen mit diesen Ländern. Aktiv für den Bestand dieses Westens einzutreten ist aber eine ganz andere Qualität.

(Dieser Beitrag ist zuerst erschienen auf Focus Online am 5. April 2017. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.)